

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 25.06.2021, im Forum der Sparkasse Münsterland
Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:20 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	5
3.	„Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ – Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung	139/2021 7
4.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) zwischen dem Kreis Warendorf und den Gemeinden Ostbevern und Everswinkel bzgl. der Aushängung von ausländerrechtlichen Dokumenten	144/2021 7
5.	Einsatz einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators zur Umsetzung des flächendeckenden Mobilfunkausbaus (4G/5G) im Kreis Warendorf	164/2021 8
6.	Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf - Kreis Gütersloh	013/2021 8
7.	MobiTicket 2022	149/2021 9
8.	Verwendung der Ausschüttungsbeträge der Sparkasse Münsterland Ost	148/2021 9

9.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2020	167/2021	10
10.	Regelung über die Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO	118/2021	10
11.	Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der WVG gem. § 108a GO NRW	161/2021	11
12.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.05.2021 - Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege	160/2021	11
13.	Antrag der FWG – Die Kreistagsfraktion – auf Erarbeitung einer Resolution zum Thema "Mehr Rechte den Kommunen bei der Verkehrsführung in ihren Orten"	170/2021	12
14.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen	147/2021	13
15.	Anträge der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen	112/2021/1	15

II. Nichtöffentlicher Teil

1.	Abschluss eines Vertrages mit dem AWO Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems	102/2021
2.	Änderung des Vertrages mit der Innosozial gGmbH über die Durchführung von pädagogischen/therapeutischen Maßnahmen (Fachdienst Autismus)	138/2021
3.	Abschluss eines Änderungsvertrages mit dem Verein Alter und Soziales e.V.	171/2021
4.	Abschluss einer Vereinbarung über die Förderung des Psychosozialen Traumazentrums für Flüchtlinge der Innosozial gGmbH	173/2021

Anlagen

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf, Dr.
Mitglieder des Kreisausschusses
Bas, Ali
Blex, Christian, Dr.
Blömker, Franz-Ludwig
Diekhoff, Markus
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Kaup, Winfried
Kocker, Dennis
Luster-Haggeney, Rudolf
Möllmann, Rolf
Nienkemper, Dorothea
Schlösser, Ulrich
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Westerwalbesloh, Florian
von der Verwaltung
Bleicher, Herbert, Dr.
Funke, Stefan, Dr.
Heuermann, Wiebke
John, Kai
Klausmeier, Brigitte
Schreier, Petra

Es fehlten entschuldigt:

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, Frau Limmer, Herrn Dr. Steinbach, die Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 14.06.2021 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass folgende Vorlagen/Dokumente nachträglich per Mail versandt wurden bzw. auf den Tischen ausliegen:

- Vorlage 189/2021 „Erhebung der Elternbeiträge für Kita, Tagespflege und OGS für die Monate Februar bis Mai 2021“ (per Mail versandt am 05.05.2021)
- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 24.06.2021 (per Mail versandt am 24.06.2021, Tischvorlage) zum TOP 14

Landrat Dr. Gericke schlägt vor, die Tagesordnung um die Vorlage 189/2021 zu erweitern und die Vorlage nach TOP 2 zu behandeln. Dem wird zugestimmt.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

Abstimmungsergebnis:

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Landrat Dr. Gericke berichtet über zwei personelle Wechsel in der Kreisverwaltung. Herr Fernkorn sei nach vielen Jahren beim Kreis Warendorf in den Ruhestand gegangen. Seine Nachfolge übernehme Frau Isabelle Limmer. Frau Dr. Schwarm habe eine neue Herausforderung angenommen und aus diesem Grund den Kreis Warendorf verlassen. Ihre Nachfolge übernehme Herr Dr. Steinbach. Beide stellen sich kurz vor.

Erweiterung der Tagesordnung: Vorlage 189/2021 Kita-Beiträge

Herr Dr. Gericke berichtet über die Vorlage. Er sei der Ansicht, dass ein fairer Kompromiss für Land und Bund und die Eltern gefunden wurde. Eine hundertprozentige Gerechtigkeit würde nicht gelingen. Alle Beteiligten würden diesen Kompromiss mittragen.

Herr Diekhoff (FDP), Frau Grap (Grüne) und Herr Gutsche (CDU) sprechen sich für den gefundenen Kompromiss aus. Herr Diekhoff (FDP) berichtet, dass es immer einen eingeschränkten Regelbetrieb gab und viele das eingeschränkte Angebot genutzt hätten, weswegen auch nicht alle Beiträge komplett erlassen werden könnten. Laut Frau Grap (Grüne) sei es schade, dass es so lange gedauert habe, bis eine Einigung gefunden wurde. Es sei laut Herrn Gutsche (CDU) insgesamt schwierig, eine gute Lösung zu finden. Die nun gefundene Lösung, die auch von den Bürgermeistern mitgetragen werde, würde von der CDU als vernünftig erachtet.

Abstimmungsergebnis:

3.	„Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ – Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung	139/2021
----	--	-----------------

Frau Klausmeier berichtet über die Vorlage.

Herr Möllmann (CDU) möchte kurz die Diskussion im Fachausschuss zusammenfassen. Er berichtet, dass es im Fachausschuss einen Konsens gab und die CDU sich freuen würde, wenn der TOP auch in dieser Konstellation eine Zustimmung findet.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1. eine entsprechende Projektskizze zu erstellen und diese bei dem GKV-Bündnis für Gesundheit einzureichen sowie**
- 2. nach positiver Bewertung einen Zuwendungsantrag beim Projektträger Jülich zu stellen.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) zwischen dem Kreis Warendorf und den Gemeinden Ostbevern und Everswinkel bzgl. der Aushändigung von ausländerrechtlichen Dokumenten	144/2021
----	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke stellt die Vorlage vor. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Ostbevern und Everswinkel bzgl. der Aushändigung von ausländerrechtlichen Dokumenten abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Einsatz einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators zur Umsetzung des flächendeckenden Mobilfunkausbaus (4G/5G) im Kreis Warendorf	164/2021
-----------	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet über die Vorlage.

Herr Gutsche (CDU), Herr Diekhoff (FDP), Herr Schulte (FRAKTION) und Herr Schlösser (Grüne) sprechen sich für den Antrag aus und stimmen darüber ein, dass die Einstellung eines Mobilfunkkoordinators / einer Mobilfunkkoordinatorin wichtig und notwendig sei.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Digitalisierung stimmt der Einstellung einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators im Rahmen des Landesförderprogramms für den Förderzeitraum von drei Jahren im Breitbandbüro des Kreises Warendorf zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf - Kreis Gütersloh 013/2021

Herr Dr. Bleicher berichtet über die Vorlage.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Gütersloh über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Entwurfes abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfes der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7. MobiTicket 2022**149/2021**

Herr Diekhoff (FDP) erklärt, dass die FDP gegen die Einführung des MobiTickets sei.

Herr Dr. Blex (AfD) erklärt, dass seine Fraktion gegen diese Vorlage stimmen würde, wenn sie abstimmungsberechtigt wäre.

Beschlussvorschlag:

Dem Förderantrag für das MobiTicket für das Jahr 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0

8.	Verwendung der Ausschüttungsbeträge der Sparkasse Münsterland Ost	148/2021
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet über die Vorlage. Die Zweckverbandsversammlung habe am Vorabend die entsprechenden Beschlüsse gefasst, die bisher nicht zulässig gewesen seien. So positiv eine solche Ausschüttung auch sei, wie weit in den nächsten Jahren die Sparkasse Münsterland Ost noch ausschütten werde sei völlig offen, da die Ergebnisse immer weiter zurückgehen würden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Warendorf verwendet die Ausschüttungsbeträge der Sparkasse Münsterland Ost aus ihren Jahresüberschüssen 2019 und 2020 zur Deckung der Aufwendungen 2021 und der Folgejahre für die Fortführung der durchgängigen Sprachbildung des Kreises durch das Kommunale Integrationszentrum.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2020	167/2021
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet kurz über die Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

10.	Regelung über die Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO	118/2021
-----	--	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet kurz über die Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der im Entwurf beiliegenden überarbeiteten Regelung über Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO NRW wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

11.	Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der WVG gem. § 108a GO NRW	161/2021
------------	---	-----------------

Frau Nienkemper (FWG) fragt nach, ob nicht zwei Listenplätze getauscht werden müssten. Sie zieht ihre Frage zurück, nachdem die Deutung geklärt werden konnte.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Kreises Warendorf bestellt gem. § 108a Abs. 3 GO NRW aus der anliegenden von den Beschäftigten der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH gewählten Vorschlagsliste die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 1 - 6 in den Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH.
2. Für den Fall des Ausscheidens eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH bestellt der Kreistag des Kreises Warendorf bereits jetzt gem. § 108a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der gewählten Vorschlagsliste als Nachfolger die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 7 - 12 in der Reihenfolge der am meisten erhaltenen Stimmen für das jeweilige Unternehmen, dem das ausgeschiedene Mitglied angehört hat.
3. Der Geschäftsführer der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH wird angewiesen, die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter über ihre Wahl zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

12.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.05.2021 - Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege	160/2021
------------	---	-----------------

Herr Möllmann (CDU) erklärt den Ursprung des Antrages. Dieser wurde im Sozialausschuss ausreichend diskutiert und habe dort Zuspruch gefunden.

Herr Blömker (SPD) und Frau Grap (Grüne) sprechen sich beide für den Antrag aus. Sie finden es jedoch befremdlich, dass ein gemeinsamer interfraktionell gefasster Beschluss aus einer Arbeitsgruppe, von nur einer Fraktion eingebracht wurde. Sie hoffen, dass es zukünftig zunächst eine Abstimmung gäbe und der Antrag anschließend gemeinsam eingebracht werden würde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

13.	Antrag der FWG – Die Kreistagsfraktion – auf Erarbeitung einer Resolution zum Thema "Mehr Rechte den Kommunen bei der Verkehrsführung in ihren Orten"	170/2021
-----	--	-----------------

Frau Nienkemper (FWG) erklärt den Ursprung des Antrags.

Herr Kocker (SPD) berichtet, dass seine Fraktion den Antrag nicht unterstützen und sich enthalten werde. Er erachtet die Form des Antrages, eine Resolution, als problematisch und nicht korrekt.

Laut Herrn Luster-Haggeney (CDU) es sei gut, dass es die Straßenverkehrsbehörde als übergeordnete Stelle gäbe, damit ein derartiges Thema überall einheitlich geregelt werde. Die CDU werde den Antrag nicht unterstützen.

Laut Herrn Diekhoff (FDP) seien die lokalen Räte nicht darauf ausgelegt, auch diesen Bereich zu steuern.

Frau Grap (Grüne) berichtet, dass ihre Fraktion den Antrag unterstützen werde, auch wenn die Form des Antrages vielleicht nicht ganz passend sei. Es wäre sinnvoll, derartiges örtlich zu regeln. Es gäbe Handlungsbedarf und man sollte den Kommunen den möglichen Freiraum geben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 4 Nein 8 Enthaltung 4

14.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen	147/2021
------------	---	-----------------

Frau Nienkemper (FWG) erklärt den Hintergrund des Antrages. Der Antrag sei von Oktober 2020, seitdem habe sich sehr viel getan. Es ginge um ganz gravierende Schicksale. Die FWG fordere Solidarität, Nachbarschaftshilfe und europäische Notfallhilfen für die Geflüchteten. Die FWG hoffe auf die Unterstützung der Kommunen, ein sicherer Hafen zu werden. Es werde eine bestmögliche Integration angestrebt. Nicht alle Punkte, die im Antrag zu lesen seien, sind in allen Kommunen erfüllt. Es sei ein Signal, dass der Kreis nach außen versendet, wenn dem Antrag zugestimmt werde.

Herr Diekhoff (FDP) erklärt den Hintergrund und Ursprung des Antrags der FDP. Er erachtet es als wichtig, dass anerkannt werde, wie positiv Deutschland und auch der Kreis Warendorf zur Flüchtlingsaufnahme stehe und was bereits alles getan werde. Dies würde er auch keiner Kommune, keinem Bürgermeister vorwerfen. Der „Gegenantrag“ solle dazu dienen, sich noch einmal zu dem bereits Geleisteten zu bekennen und dieses aufzuführen.

Laut Herrn Kocker (SPD) sei der Antrag der FDP zum Teil lediglich abgeschrieben und nicht neu erdacht worden. Die Beschlussvorschläge seien undurchsichtig und zu pauschal. Die SPD lehne den Antrag der FDP klar ab und werde den Antrag der FWG unterstützen.

Frau Grap (Grüne) berichtet, dass Ihre Fraktion den Antrag der FWG unterstützen würde und hoffe, dass er auf breite Unterstützung treffen werde. Sie bekomme bei genauer Betrachtung des FDP-Antrages Zweifel bezüglich der Absichten der FDP. Letztendlich sei die einzige Lösung dieses Antrages, die flüchtenden Menschen in ihren Ländern festzuhalten. Mit den im Antrag aufgezählten Maßnahmen würde man Leid erzeugen, und Deutschland würde damit nicht seiner Verantwortung gerecht werden.

Herr Gutsche (CDU) erklärt, dass Deutschland seiner Verantwortung in den letzten Jahren durchaus gerecht geworden sei. Insbesondere bei der Flüchtlingskrise 2016. Es gäbe viele Länder, die bei weitem nicht so verantwortungsvoll wie Deutschland gehandelt hätten. Die Union hoffe, dass hier ein vernünftiger Mittelweg gefunden werde. Die Wanderungen auf der Welt würden jedoch immer weiter zunehmen und es stelle sich die Frage, wie damit am besten umgegangen werden könne. Die wichtigste Hilfe sei, die Hilfe vor Ort. Dies läge unter anderem daran, dass vor Ort die Hilfe am nötigsten sei und es wichtig sei, die Probleme zu lösen und dort Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen. Es sei wichtig, gemeinschaftlich europäische Regelungen zu treffen. Wenn vor Ort nichts verändert werde würde, würde sich der sogenannte Sogeffekt immer weiter verstärken und es könnten leider nicht alle Geflüchteten und Migrantinnen aufgenommen werden. Die CDU unterstütze den Antrag der FDP.

Herr Bas (Grüne) war ebenfalls über den Antrag der FDP überrascht. Er hätte sich gewünscht, dass die FDP-Fraktion dem Beispiel von Frau Nicole Finger (FDP - Mönchengladbach) gefolgt wäre. Er spricht sich für eine klare Menschenrechtshaltung aus.

Laut Frau Nienkemper (FWG) seien alle für die Integration von Geflüchteten verantwortlich. Viele geflüchtete Menschen hätten das Bestreben, hier anzukommen, sich zu integrieren und auch ihren Beitrag in der Gesellschaft zu leisten. Mit dem Antrag würde der Kreis Warendorf signalisieren, dass er für eine menschenwürdige Aufnahme von Menschen stehe, die Hilfe benötigen. Sie bittet nochmals um Unterstützung des Antrages.

Herr Kocker (SPD) erklärt, dass er es nicht verwerflich fände, wenn Menschen auf Grund Ihrer schlechten finanziellen Situation flüchten würden. Dies hätten auch viele deutsche Bürger nach dem zweiten Weltkrieg getan.

Herr Blömker (SPD) fragt nach, warum dem Beschlussvorschlag nicht zugestimmt werden könne. Es würde doch häufig betont werden, dass sich die kommunale Familie auch als „Familie“ verstehe. Es gäbe eine Reihe von Kommunen im Kreis Warendorf, die sich dieser Erklärung bereits angenommen hätten. Es täte dem Kreis Warendorf gut, wenn der Kreistag dieses Vorgehen unterstützen würde. Es sei nicht erforderlich, dass sich Kommunen in allen Punkten zu einem sicheren Hafen erklären, Teilbereiche seien auch in Ordnung. Falls nur einzelnen Beschlussvorschlägen zugestimmt werden könne, schlägt er eine einzelne Abstimmung der jeweiligen Beschlussvorschläge vor.

Dies wird von den anderen Fraktionen nicht gewünscht.

Herr Schulze-Westhoff (CDU) erläutert, dass es in diesem Zusammenhang über Asylrecht ginge und nicht über die jeweilige finanzielle Situation der Geflüchteten. Der Kreis Warendorf sei für die Aufnahme nicht zuständig, sondern die jeweiligen Kommunen und es müsse auch in deren Entscheidungsbefugnis bleiben, ob sie sich zum Sicheren Hafen bekennen oder nicht. Es würde seiner Meinung nach eher die Gesellschaft spalten, wenn derartiges per Kreistagsbeschluss beschlossen werden würde. Den Menschen müsste vor Ort geholfen werden, damit diese erst gar keinen Grund hätten, ihre Heimat zu verlassen.

Herr Schulte (FRAKTION) erläutert, dass eine Akzeptanz der Menschen nötig sei und dass um diese geworben werden müsse. Die Menschen, die bereits zu uns gekommen seien und auch noch weiter zu uns kommen werden, benötigen unser Hilfe und Unterstützung. Wir hätten es nicht zu entscheiden, wer flüchte oder nicht. Er befürworte den Antrag der FWG.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 8 Nein 8 Enthaltung 0

15.	Anträge der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen	112/2021/1
-----	--	-------------------

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass der Antrag vom 26.03.2021 zurückgezogen wurde. Herr Dr. Blex bestätigt dies. Der Antrag vom 07.05.2021 bliebe jedoch bestehen und über diesen würde abgestimmt werden.

Beschlussvorschlag:

Auf die anliegenden Anträge „Umbesetzung von Ausschüssen“ von der AfD-Kreistagsgruppe vom 26.03.2021 und 07.05.2021 wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11:20 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Stefan Funke
Schriftführer

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Schriftführer